

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreise: Einzelnummer 65 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat. Politischekonto: Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag & m. v. B.“, Breslau. Fernsprechanchluss: Ring Nr. 8837.

Freitag, 18. März 1921

Anzeigenpreise: Die 6spaltige Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk. auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgeluche, Familiennachrichten, Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 3 geteilt oder deren Raum im Text 3,- Mk.

Die Reaktion bereitet in Mittelddeutschland die Aktion vor.

Auf Befehl des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, Hörsing, werden in den nächsten Tagen die meisten Orte des mitteldeutschen Industriegebietes mit starken Polizeiaufgeboten belegt, die angeblich gegen das zunehmende Verbrechen kämpfen sollen. Aus dem Aufruf, den Hörsing an die Bevölkerung des Regierungsbezirks Merseburg erließ, ist jedoch klar zu erkennen, daß es sich um eine planmäßige Ausbreitung des Siponches über Mitteldeutschland handelt. Der Reichssozialist Hörsing wird anscheinend von der Drogen geschoben, damit diese im gegebenen Augenblick desto besser los schlagen kann. In dem erwähnten Aufruf heißt es u. a.:

„Wilde Streiks, Raub und Plünderungen der ersten Zeit wurden von einzelnen Diebstählen, Terror, Sachbeschädigungen, Erpressungen und Körperverletzungen der letzten Zeit abgelöst. Der wilde Streik wurde immer als Druckmittel benutzt von Verbrechern aller Art, die sich im Verborgenen hielten. Im Gegensatz zu dem übrigen Teil der Provinz, in dem die Felddiebstähle verschwunden sind, ist der Landwirtschaft des Industriegebietes ungeheurer Schaden zugefügt, so daß die Landwirte wenig Luft haben, ihre Felder intensiv zu bewirtschaften. Kleine, nichtsfagende Anlässe werden benutzt, um gegen den Willen der Gewerkschaften mehrere Tage viel tausend Arbeiter die Arbeit einstellen zu lassen. Demonstrationen ohne Ziel und Zweck werden inszeniert, und schließlich erpressen bewaffnete Banden unter Führung einzelner verantwortungsloser Menschen vom Unternehmer die Zusage der Lohnzahlung für die Zeit der Nichtarbeit. Bei jedem wilden Streik, der immer nur von einigen wenigen Leuten angezettelt wird, werden die einsichtigen und vernünftigen Arbeiter mit Knüppeln usw. terrorisiert und von der Arbeit ferngehalten. Diese zahlreichen, oft an Wahnsinn grenzenden Taten werden dadurch gefördert, daß man die gesetzlichen, von der Arbeiterschaft eingeleiteten Betriebsräte absetzt und durch Aktionsausschüsse ersetzt. Wer sind nun diese Leute, die alle diese Verbrechen begehen? In allen Orten des Industriegebietes, die ich besucht habe, von Ostpreußen bis Weiskensfeld, haben nicht nur rechtsstehende Leute, sondern auch linksstehende Arbeiter gesagt: Dieses Treiben sei ein Werk der Kommunistischen Partei.“

In dem weiteren Verlauf der Verfügung wird gesagt, daß er diese Auffassung bestreitet; daß nicht die Kommunistische Partei als solche verantwortlich sei, sondern daß es sich um internationale Verbrecher, Spione und Provokateure handle, die sich als Kommunisten hinstellen, um die Arbeiter zu betören. Im Interesse der Arbeiterschaft habe er deshalb befohlen, daß in den nächsten Tagen starke Polizeikräfte nach vielen Orten des Industriegebietes gelegt werden, die die vorige Aufgabe zu erfüllen haben. Auch heißt es, daß die Polizeikräfte weder sich in politische, noch gewerkschaftliche Dinge einzumischen haben.

Der Oberpräsident Hörsing, der im vergangenen Jahre die Bergarbeiter in Oberschlesien und im Waldenburger Revier durch Sipo und Reichswehr mit Maschinengewehr und Gummiknüppel in die Gruben getrieben hat, will sich jetzt neue Vorbeeren in Mittelddeutschland erobern. Unter dem Vorwand, die Unternehmer und Krautjunker vor Gewalt und Plünderung zu schützen und den „besonnenen“ Arbeitern die Möglichkeit der ruhigen Arbeit zu geben, will

er das ganze mitteldeutsche Industriegebiet mit seinen Mameluken überziehen.

Hörsing wird bei seinem Vorgehen auf Granit beißen. Die Arbeiterschaft in Mittelddeutschland hat bewiesen, daß es als Avantgarde sich zu wehren weiß gegen die Konterrevolution.

Die Arbeiter allerwärts sehen aber mit aller Deutlichkeit, daß der Papierfetzen des Betriebsrätegesetzes zerrissen wird. Die Drogenhändler versuchen überall in den Industriezentren, in den großen Betrieben in der Form von Wertpolizei usw. einzudringen und so den Boden vorzubereiten für die völlige Unterdrückung der Arbeiter.

Die Liquidation des Kronstädter Aufstandes.

(U.) Rotterdam, 18. März. Nach einem hier eingegangenen Bericht wendet sich die Lage in Kronstadt immer mehr zugunsten der Rätereierung. Das langsame Eingreifen der Rätegruppen entspricht einem vorher bestimmten Plan, um die Festungswerke zu erhalten und unnötiges Blutvergießen zu vermeiden. Die Garnison in Kronstadt spaltet sich immer mehr. In Petersburg und Moskau ist die Ruhe wiederhergestellt.

Kronstadt.

Moskau, 14. März. In den drei Forts, welche die Roten Truppen den Reiterern von Kronstadt entziffen haben, wurden große Vorräte an Kriegsmaterial gefunden. Man beobachtet Brände in der Stadt, die von dichtem Rauch bedeckt ist. Die Rote baltische Flotte hat von den alten Matrosen Kronstadts Briefe erhalten, in welchen diese bittere Klagen über das wahnwitzige Abenteuer führen. Die Stimmung unter den Reiterern ist sehr deprimiert. Die friedliche Bevölkerung flieht aus Kronstadt.

Schischerin über die Lage in Sowjetrußland.

Wie „Nowyj Mir“ meldet, ist der russischen Mission in Riga ein von Schischerin gezeichnetes Telegramm aus Moskau zugegangen, daß in Pleskow vollständige Ruhe herrsche. Die Gerüchte über einen Aufstand sind von Anfang bis zu Ende erlogen. Die Urheber der Schwindelnachrichten ist die finnische Regierung, die, wie festgestellt ist, mit den Aufständischen in Kronstadt in Radioverbindung steht und ihnen auch Nahrungsmittel zuschickt. Die von „Foreign Office“, dem englischen Auswärtigen Amt, als angebliche direkte Meldungen aus Moskau und Petersburg verbreiteten Nachrichten sind reine Phantasie und sollten lediglich einen Zweck erfüllen, den sie dank der Fertigkeit der Sowjetregierung nicht erfüllt haben.

Die Meldungen der U. und unserer Genossen zeigen mit aller Deutlichkeit, daß die Aufstandsbewegung im Erloschen ist. Die internationalen Menschweilen haben die schwierige Lage Sowjetrußlands benutzt, um ihr Schäflein ins Trockene zu bringen. Der eingeschlossene Wille der Arbeiter und Soldaten hat aber diese Pläne zunichte gemacht. Die Sowjetmacht hat nur langsam von den Repressalien Gebrauch gemacht, damit die irreführten Matrosen und Arbeiter von selbst zur Besinnung kommen und ihre falschen Führer beseitigen.

Jugend an im militärischen Geiste erzogen werden. Der Abgeordnete Sarbel antwortete darauf daß das Programm des Kriegsministers eine Militarisierung der Bevölkerung bedeute. Die militärische Erziehung des Volkes von Jugend auf sei bisher ein Privileg Deutschlands und Oesterreichs gewesen. Trotzdem seien diese Staaten von den Völkern der Entente besiegt worden, bei denen von einer Militarisierung keine Rede sei.

Ist auch der Grund, daß die Meldung von deutschen Agenturen verbreitet wird, in den Bedürfnissen der Polenhege anlässlich der Abstimmung in Oberschlesien zu suchen, so entspricht sie nichtsdestoweniger den Tatsachen. Die Arbeiter registrieren sie, wie sie die Meldungen der SPD. über Drogenwaffensunde, die im Wahlkampf gemacht wurden, im Gedächtnis behalten. Die Vorbereitungen neuer Rüstungen beweisen wieder, daß die Pläne der Entente zur militärischen Wiedererwerbung Sowjetrußlands trotz aller Mißerfolge, trotz des Scheiterns des Kronstädter Aufstandes, nicht aufgegeben sind.

Zum Gedächtnis der Pariser Kommune.

Am 18. März naht zum 50. Male wieder der Tag, an dem die Pariser Proletarier auf eine Zeitlang die Kette ihrer Sklaverei zerbrachen und sich selbst zu Herren ihrer Geschichte machten. Wenn einst Goethe von der harmlosen Kanonade bei Valmy, wo der Ansturm der feudal-reaktionären Heere auf das bürgerlich-revolutionäre Frankreich gescheitert war, gesagt hatte, daß von hier aus eine neue Epoche der Weltgeschichte begonnen hätte, so könnte man, und gewiß mit zehnfach mehr Recht, sein Wort auch auf die Pariser Kommune anwenden, an deren historischen Tragweite bisher auch von sozialistischer Seite nur das Zentimetermaß angelegt worden ist. Gewiß datiert von den Tagen der Pariser Kommune nicht erst der proletarische Emanzipationskampf, dessen Geburtsstunde jener Tag ist, an dem „blut- und schmutzriesend“ das Kapital das Licht der Welt erblickte, und gewiß hat es schon im 18. Jahrhundert proletarische Aufstände und Erhebungen gegeben. Das historische so bedeutsame, das völlig Neue an der Kommune liegt vielmehr in dem Versuch, die Herrschaft der Arbeiterklasse in einer greifbaren Form zu verwirklichen. Die marxistische Theorie, deren Ergebnisse durch die sorgfältigste Erforschung und die feinste Analyse des geschichtlichen Entwicklungsprozesses gewonnen waren, mußte sich naturgemäß in einer so entscheidenden Frage wie die der Nachtergreifung durch das Proletariat auf einem unsicheren und hypothetischen Gelände bewegen, bis endlich die Pariser Kommune auch in dieser Frage die Theorie des proletarischen Klassenkampfes auf eine reale Grundlage stellte, indem sie die Formen und Tendenzen des proletarischen Staates, wenn auch noch in groben und undeutlichen Umrissen, erkennen ließ. Karl Marx selbst, der wenige Wochen vor dem Ausbruch der Pariser Arbeiter diese gewarnt hatte, in einer so komplizierten Lage die politische Macht zu ergreifen, begrüßte doch die Kommune enthusiastisch und feierte in ihr die „endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollzieht.“ Und worin wieder diese politische Form der Kommune bestand, darauf gab Engels im Vorwort zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ den deutschen Spießbürgern die Antwort: „Seht euch die Pariser Kommune an; das war die Diktatur des Proletariats.“

Wenn nun die „Diktatur des Proletariats“ die politische Form ist, unter der sich die ökonomische Befreiung der Arbeit vollzieht, so waren die Probleme, die heute den sozialistischen Theoretikern des Marxismus zu eleusinischen Geheimnissen geworden sind, um deren Lösung sie sich seit Jahr und Tag die Köpfe zerbrechen, bereits von der Kommune vorweg genommen und von ihr zum guten Teil gelöst, nur eben, daß die theoretischen und praktischen Lehren aus der Kommune nur von Marx und Engels gezogen worden sind, um dann von ihren Epigonen, den Bernstein und Kautsky & Co. vergessen zu werden. Wahrhaftig, wenn anders der Sozialdemokratie die Kommune mehr als ein vorübergegangenes, geschichtlich bedingtes Ereignis gewesen wäre, so wäre ihr schmachvoller Verfall erspart geblieben. So aber konnte bereits auf einem Parteitag der 90er Jahre die Behauptung aufgestellt werden, daß es in dem Weltleben jedes Einzelnen hande, die Kommune zu verdammen oder zu erheben, womit jedoch all die Lehren der Kommune in den Wind geblasen waren. Auf vielem abschüssigen Wege ging es nun rasend abwärts, und, je länger, je mehr lösten sich die theoretischen Lehren der Kommune für die Sozialdemokratie in blauen Dunst auf. Da schlug wieder die Stunde der proletarischen Revolution, und — siehe da — die Kommune feierte eine glänzende Auferstehung. Man griff wieder auf ihre Geschichte und auf ihre Ergebnisse zurück; denn die meisten der neu aufgeworfenen Probleme der jetzigen proletarischen Revolution hatten sich ja bereits in der Kommune abgegespiegelt, und zwar so, daß es manchmal sogar bis ins Einzelne und Kleine geht. Denn was sind die Louis Blanc und Genossen, die sich vor dem dröhnenden Aufmarsch der Pariser Arbeiterbataillone in die Arme der Krautjunker und Bourgeois in Versailles retten anders als die geistigen Väter der Scheidemann und Criespien, die das gleiche getan haben, tun und tun werden? Was sind die Trade-Unionisten, die schleunigst die Internationale verlassen, als nun wirklich die proletarische Revolution auf ehernen Sandalen einher geschritten war anders, als die würdigen Helden der zweiten und der Amsterdamer Internationale, die Pech und Schwefel über die russische Arbeiterrevolution herabgeschleudert? Es ist nun eine der feinsten Satyren der Weltgeschichte, daß die geistigen Nachfahren der Blanc und der Trade-Unionisten sich in

Die belgischen Scheidemänner erneut für die Sanktionen.

(U.) Brüssel, 18. März. Der allgemeine Rat der belgischen sozialistischen Partei hat die Haltung der belgischen Delegation auf der Londoner Konferenz gebilligt. Armer „Vorwärts“!

Die Rüstungsvorbereitungen des weißen Polen.

(U.) Warschau, 16. März. Kurjer Warszawski meldet, daß in der letzten Sitzung der Militärkommission der Minister Sosnowski auf die Interpellationen wegen des „Verbandes der Schützen“ geantwortet hat, daß Polen, das keine natürlichen Grenzen, aber viele feindliche Nachbarn hat, mehr als ein anderer Staat dem Kräfte ausgesetzt ist. Weil die wirtschaftlichen Verhältnisse in Polen nicht gestatten, eine starke Armee zu haben muß das Volk sich vorzubereiten.

auf die Kommune als ihren Schwurgenossen berufen, etwa so, wie die Pfaffen sich zur Segnung des Krieges auf Christus beriefen. Das Pamphlet Kautsky's über „Kommunismus und Terrorismus“, in dem von dem schwarzen Hintergrund der Sowjetrepublik die Pariser Kommune um so strahlender und leuchtender sich hervorhebt, liest aber lediglich nur den Beweis, daß auch der historische Materialismus nicht vor einem völligen Verkennen der geschichtlichen Tatsache und von einer einseitigen Parteinahme schützt.

Gewiß, keinem Kommunisten wird es zu leugnen einfallen, daß derselbe weite Abstand die République von der Kommune trennt, der auch der erwachsenen Mann von dem Knaben scheidet. Gewiß sahen in der Kommune auch Männer, die wir heute als Konterrevolutionäre zu bekämpfen hätten und das Klassenbewußtsein des Pariser Proletariats war noch weit von der Höhe und dem Umfang entfernt, das heute das internationale Proletariat zu seinem Glücke erreicht hat.

Und liegen also die überschwenglichen Tiraden fern, die Kautsky zum größeren Ruhme der Kommune angestimmt hat; und wir werden auch nicht mit seinem Verschönerungswappstein das, was an der Kommune schwarz war, weiß malen. Die Kommune hatte und wirkte aus geschichtlichen Gründen ihre Fehler haben, die schließlich ihren Untergang herbeigeführt haben, und wenn wir diese auch kritisieren, so wissen wir doch, daß ihre Schwächen nicht im entferntesten das Licht in dem die Kommune sieht und ewig stehen wird, verbunkeln können. Und man müßte schließlich auch kein historischer Materialist, sondern ein vervielfachter Kato sein, um auf die Pariser Kommunards Steine wegen ihrer begangenen Fehler zu werfen; denn das noch unentwickelte Klassenbewußtsein, das als solches dem Proletariat natürlich nicht als eine Sühngabe zugeworfen ist, sondern das sich als ein Produkt seiner geschichtlichen Entwicklung herausbildet, hatte seine Wurzeln in den ökonomischen und politischen Zuständen des damaligen Frankreichs; hatte doch das Kaiserreich des Louis Napoleon alles Interesse daran gehabt, den Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat soweit als möglich einzuschränken oder doch in solche Formen zu lenken, die ihm seine schärfsten Spitzen nahmen, auf der anderen Seite aber war die Arbeiterklasse und die liberale Bourgeoisie in dem Vireben geeinigt, die Republik an die Stelle des Kaiserreiches zu setzen. Dem Pariser Proletariat von 1871 mußten also die Erfahrungen, die Umstände und der Wille fehlen, die seine Herrschaft zu der gepanzerten Faust gemacht hätten, die todbringend auf das Haupt der Bourgeoisie niedergefaßt wäre. Wenn daher die Kautsky & Co. die Kommune als den Hafen hinstellen, in den das Schiff des Proletariats einlaufen muß, so können wir ihnen heute schon prophezeien, daß dieses Schiff zwischen Felsen und Klippen elend scheitern und zerbrechen wird.

Doch genug, ein 50-jähriger harter Kampf gegen die Bellbourgeoisie hat das Weltproletariat von all seinen ethisch-moralischen Vorurteilen, Unklarheiten und Sentimentalitäten, diesen verhängnisvollen Eigenschaften der Kommunekämpfer, gereinigt; und wo immer sich jetzt die Arbeiter gegen das Kapital erheben werden, wird ihre im blutigen Kampf geübte Energie, ihr grenzenlos klares Klassenbewußtsein, ihre in der Schule eines jahrelangen weißen Terrors errungene Kühnheit und Rücksichtslosigkeit jeden Widerstand der Bourgeoisie niederhampfen.

Die Märtyrer der Kommune aber sind eingeschreimt in dem großen Herzen der Arbeiterklasse. (Marx) Niemand mehr kann und wird das Andenken an die Pariser Kommune, das ihm ein so wertvolles Vermächtnis revo-

lutionärer Räte hinterlassen hat, im internationalen Proletariat erschönen. Es wird eine selbstverständliche Klassenpflicht erfüllen, am 18. März auf dem Grabeshügel des Kirchhofes Père Lachaise, wo die von der Bourgeoisie zu Zehntausenden hingeschickelten Kommunekämpfer ruhen; einen vollen, grünen Lorbeer niederzulegen und es wird seinen Dank an die „himmlischen“ Kommunards am besten dadurch abzahlen, indem es sobald wie möglich die Wälder, Gärten und Berleunder der Kommunards: die Bourgeoisie und Kapitalisten für immer von dieser Erde verdrängt.

Politische Uebersicht. Die Blutschuld der Roskezialisten.

Ich muß nun aber zu meiner Verteidigung erklären, das ich auf Rat und Wunsch der politisch erfahrenen Leute gehandelt habe. Ich war abhängig von der Garde-Majestätsdienern und hatte täglich vom Volksherrschenden Ernst und Staatsmann Ernst zu erwarten. Ich sah mich mit keinem Zweifel, daß er mit mir nicht hätte gehandelt, daß der Marsozialismus nicht hätte durch mich, und ich zweifelte nicht, daß Roske dieselben Ansicht war und daß Roske ebenso bestränkt wurde wie ich von ihm.

(Sauptmann von Kessel bei seiner Vernehmung).

Die Deklamation des Grafen Brockdorff-Rantzau haben die Blutschuld der Roskezialisten an den Januarkämpfen des Jahres 1919, die sie lange hartnäckig bestritten, festgestellt. Die Aussagen des Hauptmanns Kessel bei der Wiederauflösung des Marsozialismus, für die er sich erboten hat, die Beweise zu erbringen, beweisen nun, daß die Roskezialisten auch für die Marsozialisten des Jahres 1919 nicht nur indirekt, sondern direkt verantwortlich sind.

Auf direkten Befehl des Oberkommandos der Roske in das Unternehmen Marsoch in der Französischen Straße zurückzuführen, bei dem 32 Matrosen auf vielfache Weise ums Leben gebracht wurden. Den vom Oberst Reinhardt übergebenen Befehl zu rücksichtslosem Durchgreifen gab Kessel ohne Vorwissen weiter, da dieser Ton in allen Befehlen war und auch der Roskesche Schießbefehl denselben Geist atmete. Und als der Marsozialist Marsoch im Gefängnis saß, da haben Roske und der Vizepräsident Ernst, die Hauptschuldigen an der Ermordung der Matrosen, zusammen mit dem jetzigen Staatskommissar für öffentliche Sicherheit Weismann am meisten darauf gedrängt, daß Marsoch die Flucht ermöglicht werde, damit der Prozeß nicht stattfinden.

Die Enthüllungen Kessels sind eine neue furchtbare Anklage für die Roskezialisten. Sie haben nicht nur durch ihre ganze Politik der Konterrevolution in den Sattel geholfen, sie haben mit eigenen Händen ihr blutiges Handwerk ausgeführt. Sie haben selbst ihre Hände tief in Arbeiterblut getaucht, auf daß die bürgerliche Ordnung wiederhergestellt werde. Sie haben nach vollbrachter Tat bewußt das Recht gebogen, damit ihre Schandtat nicht ans Tageslicht gelangen sollte.

Diese Enthüllungen sind aber auch eine schwere Anklage für die Unabhängigen. Sie haben die Roskezialisten bei ihren Bemühungen, der Konterrevolution in den Sattel zu helfen, erst aktiv und dann passiv unterstützt. Sie sind zwar gegen die Mordtaten der Konterrevolution und der Roskezialisten zu Felde gezogen, aber heute ist es völlig klar, daß sie damit nicht die Arbeiter zum Kampf gegen die Roskepolitik erziehen wollten, sondern nur die Folgen ihres eigenen ohnmächtigen Verlaufs hinter der

Roskepolitik bjammernten. Sonst ständen sie nicht nach einem Jahr, das zum Bankrott der Roskepolitik und zum Bankrott der Bourgeoisie auf der ganzen Linie geführt hat, an der Seite der Scheidemänner.

Nach vor einem Jahre konnten die Bourgeoisie und die Roskezialisten rücksichtslos Arbeitermassen einreiben, daß an den Strömen des im Bürgerkrieg vergossenen Blutes die Kommunisten schuld seien. Diese Geschichtslüge ist gründlich widerlegt. Heute wagen die Rechtssozialisten und Unabhängigen noch, die Kommunisten für die Zersplitterung der Arbeiterbewegung verantwortlich zu machen, die sie selbst durch ihren Verrat an den Arbeiterinteressen notwendig gemacht haben. Auch diese Geschichtslüge sieht vor dem Zusammenbruch und dem oppositionellen Gehahren der Sozialverräter beider Richtungen kann ihn aufhalten.

Meutereien unter den französischen Besatzungstruppen im Rheinland?

Aus Duisburg erhalten wir folgende Meldung: Nach umlaufenden Gerüchten ist die geistige Verfassung unter den Besatzungstruppen der des deutschen Heeres im November 1918 gleichwertig. Es sind Meutereien unter den Franzosen und Belgiern ausgebrochen. Von den Belgiern ist ein Teil in den letzten Tagen in kleinen bewaffneten Trupps von Duisburg über Rheinhafen abmarschiert, um nach Antwerpen zu gelangen. Dort sind angeblich revolutionäre Bewegungen ausgebrochen, die man unterschätzen will. Andere belgische Truppen sind in den Kasernen in Duisburg konzentriert und dürfen nicht heraus. Ein Teil der Franzosen meuterte wegen zu schlechter Unterbringung, während die Offiziere sich überall glänzend einrichteten und die besten Wohnungen beschlagnahmten. Es sind auch einige Tanks und eine größere Menge Munition verschwunden. Die ganze Bewegung scheint jedoch bereits wieder vollständig militärisch unterdrückt zu sein, aber der Geist lebt darum doch weiter.

Nationalismus und Kommunistenverfolgung in Oberschlesien.

Wacht die nationalstiftische Hege in Oberschlesien auch die heiderseitigen Kleinbürger in gegenseitiger Bekämpfung vollständig blind, so gibt es doch noch einen Punkt, auf dem sich die feindlichen Brüder treffen. Dem Bruder sind sie, wenn es gegen die Kommunisten geht. So haben sie aus Emanuellegen vier Genossen, von denen drei verheiratet sind, vertrieben. Die Genossen konnten gerade ihr nacktes Leben retten. Weiter wurde dem Genossen Brzechwa auf Befehl des Kreiscontrollers von Kattowitz (Land) von der Hundertschaft Königshütte die Aufforderung zugestellt, bis zum 18. März das Abstimmungsgebiet von Oberschlesien zu verlassen, da er nicht die nötigen Papiere besitze. Da der Genosse B. diese Befehle nicht gelten lassen will und dem Befehl nur dann nachkommen will, wenn der Kreiscontroller Kattowitz die schriftliche Verpflichtung und Verantwortung übernehme, seine Familie durch ausreichende Unterstützung vor Hunger und Elend zu schützen, werden sie sich wohl nach anderen Vorwänden umsehen müssen.

Daß die Kommunistenverfolgung in Oberschlesien gerade in der Abstimmungszeit einsetzt, zeigt die Angst der Bourgeoisie, die in Bewegung gebrachten Kräfte der Arbeitermassen könnten sich nach anderer Seite als ihnen angenehm, gegen sie selbst auswirken.

Aufruf der Kommunardinnen an die Bürgerinnen von Paris.

Paris ist blockiert, Paris wird bombardiert. Bürgerinnen, wo sind unsere Kinder, unsere Brüder, unsere Männer. Hört ihr das Brüllen der Kanonen, das Lärmen der Sturmgeschütze, die Alarm läute?

In den Waffen! Das Vaterland ist in Gefahr! Ist es der Fremde, der nördlich Frankreich überflutet? Sind es die feindlichen Legionen der europäischen Tyrannen, die unsere Brüder massakrierten, in der Hoffnung, gleich mit der großen Stadt auch die Erinnerung an die unsterblichen Kampfgeschichten zu vernichten, die wir im Laufe eines Jahrtausends mit unserer Blut erlangten, und die die Welt Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit nennt?

Nein, diese Feinde, diese Mörder des Volkes und der Freiheit sind Franzosen!

Dieser Hauch des Brudermordes, der sich Frankreichs bemächtigt, dieser Kampf auf Leben und Tod ist der Schlußakt des ewigen Antagonismus zwischen Recht und Gewalt, zwischen Arbeit und Ausbeutung, zwischen dem Volk und seinen Feinden.

Unsere Feinde sind die Privilegierten der gegenwärtigen sozialen Ordnung, alle jene, die seit jeher von unserem Schwitz lebten, die sich seit jeher an unserem Elend nährten...

Sie haben gesehen, wie das Volk sich erhebt und aufruf: Keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten. Wir wollen arbeiten, aber die Früchte unserer Arbeit für uns behalten... Kinder mit den Ausbeutern, nieher mit den Herren... Die Arbeit bedeutet das Wohlergehen aller, das Volk regiere sich selbst, — ein freies Leben der Arbeit, — oder kämpft sich frei...

Und die Furcht, daß sie vor dem Urtheil des Volkes sitzen werden können, trieb unsere Feinde zu der verzweifeltsten aller Frevel, zum Bürgerkrieg.

Bürgerinnen von Paris, Nachkommen jener Frauen der großen Revolution, die im Namen des Volkes und der Gerechtigkeit gegen Versailles marschierten und Ludwig XVI. gefangen nahmen, wir Mütter, Frauen und Schwestern dieses französischen Volkes, wollen wir noch länger dulden, daß Elend und Unwissenheit unsere Kinder zu unseren Feinden machen,

daß Vater gegen Sohn, Bruder gegen Bruder kämpft, und daß sie sich vor unseren Augen um des Eigentums unserer Unterdrückten willen, die die Vernichtung von Paris nach seiner Auslieferung an die Breiten wollen, gegenseitig töten?

Bürgerinnen! Die entscheidende Stunde ist gekommen! Mit der alten Welt muß nunmehr ein Ende gemacht werden! Wir wollen frei sein! Es ist nicht Frankreich allein, das sich erhoben hat, — alle zivilisierten Völker richten ihre Augen auf Paris und erwarten unseren erhellenden Sieg, um sich dann ihrerseits frei zu machen. Deshalb Deutschland, dessen Untliche Armeen unser Vaterland überfluteten, die unseren demokratischen und sozialistischen Lebewesen den Tod geschehen ließen, dieses Deutschland erhebt und erzittert vor dem revolutionären Sturm! Dieses Deutschland befreit sich seit sechs Monaten im Belagerungszustand, und seine Arbeitervertreter schmachten im Gefängnis! Schützt in Ruhland herben die Verteidiger der Freiheit nur zum Teil einer neuen Generation, die überflutet bereit ist, für die Republik und die soziale Umwälzung zu kämpfen und zu sterben...

Bürgerinnen! Der Fehdehieb ist geworfen, jetzt heißt es, fügen oder sterben! Wägen sich die Mütter und Frauen, die da sagen: „Was nützt mir der Sieg unserer Sache, wenn ich jetzt sterben muß, die ich lieb habe?“ sich endlich davon überzeugen, daß die einzige Möglichkeit, jene zu retten, die ihnen teuer sind — den Mann, der sie ernährt, das Kind, auf das sie ihre Hoffnung setzen — darin besteht, daß sie tätigen Anteil nehmen am begonnenen Kampf, damit er ergebnislos und für immer zu Ende geführt werde, dieser brudermörderische Kampf, der nur mit dem Siege des Volkes enden kann, wenn er nicht in der allerhöchsten Zukunft wieder erneuert werden soll!

Reize den Müttern, wenn auch dieses Mal das Volk im Kampf unterliegen sollte! Ihre Söhne werden diese Niederlage bezahlen, denn unsere Brüder und unsere Männer haben ihren Kopf bereits verspielt, und die Reaktion wird keines Spiel haben! Gedenke malles weder wir noch unsere Feinde.

Bürgerinnen! Zum Kampfe entschlossen, sei bereit, wollen wir über die Sicherheit unserer Sache wachen! Seien wir bereit, unsere Brüder zu verteidigen und zu retten. In die Tote von Paris, auf die Barricaden, in die Barrikaden, einher! Führen wir uns bereit, im gegebenen Moment unsere Kräfte mit den ihren zu vereinigen; wenn die Feinde,

die die Gefangenen füllten, die unsere Anführer mordeten, eine Menge von unbewaffneten Frauen niederfallen wollten, desto besser — der Schrei des Abscheues und des Unwillens, der in Frankreich und der Welt erschallen wird, wird das Werk zu Ende führen, das wir begonnen haben! Und wenn alle Waffen und Bajonette von den Brüdern gebraucht werden, so bleiben uns noch die Pfastersteine, um die Verdräter zu zerschmettern!

Eine Gruppe von Bürgerinnen.
Paris, den 11. April 1871.

Karl Marx über die Kommune.

Die Kommune als Diktatur des Proletariats. Trotz aller Neben und parlamentarischen Funktionen war die Kommune die erste Staatsform des Proletariats, die erste historische Form seiner Diktatur. Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die ausbeuterische Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.

Die Kommune und das Proletariat.

Nach Pfingstmontag 1871 kann es keinen Frieden und keine Waffenruhe mehr geben zwischen den Arbeitern Frankreichs und den Ausbeutern ihrer Arbeitserzeugnisse. Die eisernen Hand einer gemieteten Soldateska mag beide Klassen, für eine Weile, in gemeinsamer Unterdrückung niederhalten. Aber der Kampf muß aber und abermals ausbrechen, in sich wachsender Ausbreitung und es kann kein Zweifel sein, wer der endliche Sieger sein wird. — Die wenigen Ausbeuter oder die ungeschulte arbeitende Majorität. Und die französischen Arbeiter bilden nur die Vorhut des ganzen Proletariats.

So schrieb Karl Marx prophetisch am 30. Mai 1871, drei Tage, nachdem die Kommune im Blute der Arbeiter erstickt war, und er sagt am Schluß seines „Bürgerkrieges in Frankreich“: „Das Paris der Arbeiter mit seiner Kommune wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorhut einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreimt in dem großen Herzen der Arbeiterklasse, seine Verteidiger hat die Welt schon jetzt an jenen Schandspieß genagelt, von dem sie zu erlösen alle Gebete ihrer Pfaffen ohnmächtig sind.“

Das Rechtsempfinden der Unabhängigen.

Wir haben gestern die Bescheidenheit der „Freiheit“ gekennzeichnet, deren „Rechtsempfinden“ durch das Urteil im Autoprozess vollumfänglich befriedigt worden ist. Wir betonen besonders die unerhörte Tatsache, daß die Diktatorbestien frei ausgegangen sind, obwohl man in ihnen zweifellos die griffigen Urheber der Breslauer Schandtat sehen muß. Heute können wir feststellen, daß das Rechtsempfinden der „revolutionsären“ „Freiheit“ sogar von den demokratischen Blättern schäme wird. Das „Berliner Tageblatt“ kritisiert es aufs Schärfste, daß bisher die Strafverfolgung der Mit- und Hauptschuldigen veräußert wurde, und verlangt, daß dieses Verdict schleunigst nachgeholt werde. Es ist weit gekommen mit den Unabhängigen, wenn bürgerliche Blätter klarer ein Unrecht der Klassenjustiz erkennen, als sie, die „Bannerträger der Revolution“.

Ein „unerhörter Mißgriff“.

Der Amsterdamer Internationale ist ein Mißgeschick passiert. Unter dem Titel „Ein arger Mißgriff“ teilt die „Freiheit“ mit:

In der gestrigen Nacht wurden infolge eines bedauerlichen Mißverständnisses verschiedene Mitglieder des internationalen Gewerkschaftsbundes auf der Rückreise von Oberschlesien auf einem Berliner Bahnhof durch einen Beamten des Eisenbahnbetriebswesens festgenommen und dem Polizeivollzugsdienst zugewiesen. Hier wurde der Verstoß sofort aufgeklärt. Die Genossen wurden unverzüglich entlassen und mittels zur Verfügung gestellter Kraftwagen in ihre Hotels befördert.

Bei dieser Erlebung des tragischen Vorfalles kann sich jedoch der „Vorwärts“ nicht beruhigen. Zornend teilt er mit, daß die sofortige Aufklärung des Mißverständnisses volle zwei Stunden gedauert hat und daß die „Genossen“ die zur Verfügung gestellten Autos selbst bezahlen mußten!

Man denke sich: Mitglieder der Leitung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, die in der manierlichsten Weise, mit den besten Pässen versehen, in Oberschlesien verumreisen, um der Welt ihre maßgebliche Ansicht über den ober-schlesischen Konflikt kundzutun, werden von den Behörden der Stinnesregierung mit nichts, dir nichts festgelegt. Wir können es dem „Vorwärts“ und der „Freiheit“ aus vollem Herzen bezeugen, daß das in der Tat ein Zeichen von unerhörter Beschränktheit, ein „blühendes Vorgehen“, ein „arger Mißgriff“ und ein „bedauerliches Mißverständnis“ ist. Die „Sozialistische Zeitung“ sagt es übrigens auch.

Was haben „Vorwärts“ und „Freiheit“ zu sagen, wenn Kommunisten von bürgerlichen oder auch sozialdemokratischen Regierungen nicht nur festgesetzt und im Auto nach Hause befördert, sondern jahrelang eingekerkert und mit oder ohne Auto zum Tode befördert werden, und vor allen Dingen, was tun sie dagegen?

Ausland.

Weilke Justiz in der Tschechoslowakei.

Proletarier zu 90 Jahren Zuchthaus verurteilt.

In Brünn wurden 90 Jahre Zuchthausurteile über die Streikführer des Dezembergeneralstreiks in der Tschechoslowakei verhängt. Daß es der Reaktion möglich ist, die Arbeiter der Tschechoslowakei zu so furchtbaren Strafen zu verurteilen, ist auf den Rat zurückzuführen, den die Rechtssozialisten während des Dezembergeneralstreiks ausgeübt haben.

Eine russische gegenrevolutionäre Regierung in Reval.

Aus Reval wird berichtet, daß dort eine „provisorische Regierung für Petersburg“ gebildet worden ist. Es ist bezeichnend, daß in dieser Regierung nur reaktionäre Eliten vom Geiste der berüchtigten weißrussischen Organisation „Weißes Kreuz“ vertreten sind, daß aber die mehr links stehenden Gruppen in diese provisorische Regierung nicht eintraten. An der Spitze der Regierung steht der berüchtigte Reaktionär Graf Ignatjew. Weitere Mitglieder dieser Operettenregierung sind der General Wolynsky, ein in Estland betätigter Abenteuerer und Spekulant namens Wolchowitsch und ein früherer Petersburger Rechtsanwalt Zwanzoff. Die Herren haben freilich das Fell des Bären etwas zu früh verteilt.

Neue Massenfundgebung des Pariser Proletariats gegen die Kriegspolitik der Regierung.

Aus Paris wird gemeldet: Eine Kundgebung der Arbeiterschaft, zu der das revolutionäre Aktionskomitee eingeladen hatte, wurde von 6000 Arbeitern besucht. Es sprachen Vertreter der einzelnen im Aktionsauschuß vereinigten Organisationen, die unter dem stürmischen Beifall der Versammelten die Abenteuerpolitik des französischen Kapitalismus brandmarkten. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die betonte, daß die Pariser Arbeiterklasse keinen Krieg will, und wenn es sein muß, einen neuen Krieg durch die Revolution verhindern wird!

Neue Fabrikbesetzung in Belgien.

Aus Brüssel wird gemeldet: In der Automobilfabrik in Marchiennes-au-Pont kam es zu einem Konflikt zwischen den Arbeitern und der Direktion, worauf die Arbeiter den Betrieb besetzten. Es ist bemerkenswert, daß die christlichen Gewerkschaftler sich mit den Sozialisten solidarisch erklärten und an der Aktion teilnahmen. Zurzeit finden Verhandlungen statt, die aber noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Diese neue Fabrikbesetzung in Belgien, der schon andere vorhergegangen sind, beweist, daß trotz der verräterischen reform-falschlichen Führung die belgischen Proletarier immer entschlossener den revolutionären Weg einschlagen.

Internationales.

Deutsche kommunistische Frauenkonferenz der Tschecho-Slowakei.

Vor dem Gründungsparlament der kommunistischen Partei der Tschecho-Slowakei fand in Neichenberg eine Frauen-reichskonferenz statt, die sehr gut besucht war. Die Genossin Brannihal vom Frauenreichssekretariat der SPD. und Genossin Moxerova, die Vertreterin der tschechischen Linken aus Prag, waren als Gäste erschienen und überbrachten die Grüße ihrer Genossinnen. Der Geist der Tagung war ein ausgezeichneter, trotz der Anwesenheit von zwei Vertretern der demokratisch-republikanischen Regierungsbeförden. Die Referate über die kommunistische Partei und die Frauen sowie über das Organisationsstatut und die sich daran anschließenden Diskussionen bewiesen, daß auch in der Tschecho-Slowakei eine tüchtige Kampfgruppe von kommunistischen Frauen unter der Führung von zielklaren jungen Genossinnen als Glied der kommunistischen Internationale ausgerichtet wurde.

Stoeder wegen „staatsgefährlicher Propaganda“ aus der Tschechoslowakei ausgewiesen.

Genosse Stoeder, der als Beauftragter der Exekutive der kommunistischen Internationale an dem Gründungsparlament der deutschen kommunistischen Partei der Tschechoslowakei teilnahm, wurde aus der Tschechoslowakei ausgewiesen. In einem in dem „herlichsten“ Ausweis abgesetzten Ausweisungsschreiben wird dem Genossen Stoeder mitgeteilt, daß „der exponierte Polizeirat der politischen Landesverwaltung in Neichenberg die Wahrnehmung gemacht hat, daß Stoeder in Neichenberg eine staatsgefährliche Propagandatätigkeit entwickelt“. „Sie werden deshalb auf der Grundlage des Gesetzes von 1871 aus dem Gebiet des Staates aus Rücksicht der öffentlichen Ordnung und Sicherheit für immer abgewiesen“. Das Schriftstück, das noch in ähnlich schöner Form die Drohung mit der „zwangsweisen Abschiebung“ enthält, wurde Genosse Stoeder morgens früh um 7 Uhr von zwei Polizisten in sein Hotel gebracht. Man meint also in der Tschechoslowakei der „staatsgefährlichen Propagandatätigkeit“ der Kommunisten mit der ganzen Angst einer Regierung des zusammenbrechenden Kapitalismus gegenüberzustellen.

Gewerkschaftliches.

Die Chemnitzer Zimmerer gegen Paepow und Genossen.

Gegen die Behauptung der deutschen Gewerkschaftsbewegung durch die Gewerkschaftsbürokratie wendet sich eine Entschliebung der Chemnitzer Zimmerer vom 9. März, der wir folgende Sätze entnehmen, die die richtige Antwort auf das Treiben der Paepow sind:

Die Gründe, die angeführt werden, um die Abseugung der jetzigen Vertrauensleute zu rechtfertigen, sind bei den Haaren herbeigezogen.

Für jedes derartige Vergehen der hiesigen Verbandsleitung könnte man dem Zentralvorstand zehn nachweisen. Was sich jetzt durch die Maßnahmen des Zentralvorstandes im Bauarbeiterverband abspielt, um die Lohnbewegungen zu hintertreiben, um die Geschlossenheit den Unternehmern gegenüber zu zertrümmern, geht über den Rahmen der eigenen Organisationsangelegenheiten hinaus.

Da die gesamte Arbeiterschaft, wir als Zimmerer besonders, darunter Schaden erleiden, fordern wir vom Vorstand des Zentralverbandes der Bauarbeiter:

„Hände weg von der Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung.“

Der Eisenbahnerverband in Halle gesprengt.

Die Gewerkschaftspalter krönen ihr Werk. Mit Wirkung vom 14. März ist die Ortsgruppe Halle des Deutschen Eisenbahnerverbandes von der Bezirksleitung aufgelöst worden. Nach entstellten Behauptungen erklärt die Bezirksleitung, die Ortsgruppe neu aufzubauen zu wollen. Das ist der Gipfel der Heuchelei. Es ist der Zweck des Spaltens, die revolutionären Mitglieder aus dem Verbande zu drängen, damit die Bürokraten um so skrupelloser die Interessen der Eisenbahner verraten können.

Das Eingeständnis der Plette.

Dr. August Müller, Staatssekretär a. D., Genosse der SPD, früherer Führer der G. B., schreibt jetzt in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, offizielles Organ der Stinnesregierung, die „Sozialpolitische Chronik“. Er kommt zu der Erkenntnis, daß sich die heutigen Nachthaber in der Entente von den Feldern der Amsterdamer Internationale nicht imponieren lassen. Dies ist eine Tatsache, die revolutionäre Arbeiter schon längst erkannt haben. Wenn die Stipendiaten der verschiedenen Vaterländer glauben, daß die Regierungen die Dienste, die die Sozialverräter während des Krieges geleistet haben, weiter honorieren, so haben sie sich schwer getäuscht. Sie dürfen wohl ihre unmaßgebliche Meinung äußern, aber —

Dr. August Müller stellt mit Verdröbnis fest, daß Lloyd George auf das Telegramm der Amsterdamer, in dem auf wiederholtes Verlangen des ADGB gegen die Gewaltpolitik der Entente Stellung genommen wird, nicht reagiert und kommt zu dem Schluß:

„Wie der Verlauf der Londoner Konferenz zeigt, hat das Eingreifen der Gewerkschaftsinternationale auf die Politiker der Entente ebensowenig Eindruck gemacht, wie ein Manifest der englischen Arbeiterpartei, daß sich gegen die Durchführung der Pariser Beschlüsse wandte, weil es zur Ueberzeugung des englischen Marktes mit billigen deutschen Waren und damit zur Schädigung der englischen Arbeiterklasse führen müsse.“

Er hebt weiter hervor, wie der ADGB in einer Schrift über die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiter feststellt, daß es eine glatte Unmöglichkeit sei, die Forderungen der Entente zu bewilligen. Dem Pariser Diktat könne die deutsche Arbeiterschaft nur ein glattes „Nein“ entgegensetzen. Der „Chronik“ kann aber auch hier nicht über die Orientierung, die nun einmal die „Vertreter“ der 10 Millionen Gewerkschaftler eingenommen haben, hinaus. Nämlich passive Resistenz in Bezug auf die Sanktionen, gleich, ob weitere Millionen arbeitslos werden oder zugrunde gehen. Er schreibt:

So unbestreitbar auch alle diese Darlegungen der Denkschrift sind, sie bleiben wirkungslos. Jetzt beginnen die Repressalien. In der Atmosphäre, die dadurch erzeugt wird, gebelhen sozialpolitische Erwägungen nicht. Die schließlichen Feststellungen der Gewerkschaftsorganisationen bleiben aber bestehen. Sie werden hoffentlich zunächst zur Folge haben, daß die deutschen Arbeiter sich auch durch etwa eintretende schwere Folgen der Gewaltmaßnahmen der Entente auf unser Wirtschaftsleben nicht von dem Standpunkt abbringen lassen, daß die Pariser Forderungen unannehmbar sind und bleiben. Beharrt das deutsche Volk bei dieser Ueberzeugung, so muß der Tag kommen, an dem man auch im Lager der Entente begreift, daß die Gewalt zwar zerstört, aber keine schöpferischen Wiederaufbaukräfte wirksam machen kann. Erst mit dem Reife dieser Erkenntnis wird der Zeitpunkt herannahen, an dem eine für Deutschland erträgliche Regelung der Entschädigungspflichten möglich wird, die auch den Anforderungen nationaler und internationaler Sozialpolitik gerecht wird.

Die Bourgeoisie kreuzt die Arme angesichts der Abschneidung der gesamten Ausfuhr aus Deutschland auf Grund der Zollgrenzen am Rhein. Sie haben ja zu leben auf lange Zeit. Damit aber die Gewerkschaften aus dieser verdrehten Ruhe aufgeschreckt werden, müssen die Kommunisten kämpfen.

Das Büro des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam hat ein Rundschreiben versandt, in dem es sich mit der widerständigen Wirtschaftsweise der Kapitalisten beschäftigt. Das Büro verlangt, daß Wege gefunden werden müssen, um den Austausch zwischen den Uebersees- und den Inlandsländern herbeizuführen. Es wird von den Regierungen verlangt, daß die durch die Wertunterschiede geschaffenen Probleme gelöst werden in einer Weise, welche die betroffenen Nationen in den Stand setzen, die Bedürfnisse der Einzelpersonen und der Industrien zu befriedigen. Es wird ferner auf die Widerständigkeit der Rohstoffversorgung, insbesondere die der Kohlen hingewiesen. Durch das Spannungsverhältnis wird der Markt der Entente mit deutscher Kohle überflutet. Die französischen, belgischen und englischen Bergarbeiter müssen verkürzt arbeiten oder werden arbeitslos.

Der Chronist des ADGB kann sich mit den Darlegungen der Amsterdamer einverstanden erklären, glossiert aber die platonische Eideserklärung an die Sozialisierung ganz vom Standpunkt eines in der Arbeitsgemeinschaft befangenen Arbeiterführers, indem er schreibt:

Wenn zum Schluß die Gewerkschaftszentralen der einzelnen Länder aufgefordert werden, die Propaganda für die Sozialisierung der Produktionsmittel zu verstärken, so ist das wohl als eine Konzeption zu verurteilen, so ist das wohl als eine Konzeption an gewisse ideologische Vorstellungen, die bei den Arbeitern vielfach herrschen, anzufassen. Denn wie man auch im allgemeinen das Sozialisierungsproblem beurteilen mag, darüber besteht bei allen einseitigen Beurteilern der Verhältnisse wohl kaum ein Zweifel, daß Sozialisierung kein Mittel ist, durch dessen Anwendung die gegenwärtigen Zustände gemildert werden können. Selbst sehr weitgehende Anhänger der Sozialisierung geben ja zu, daß diese sich zunächst auf solche Zweige des Wirtschaftslebens beschränken müßte, von denen die Rohstoffversorgung der Wirtschaft abhängig ist. Da aber alles darauf ankommt, daß diese gesteigert wird und sich ungehindert vollzieht, können Sozialisierungsmaßnahmen nicht als Mittel anerkannt werden, deren Anwendung die augenblickliche Notlage zu mildern geeignet ist.

Die Auslassungen des Herrn Dr. Müller zu den Maßnahmen seiner Freunde sind lapidar. Die deutschen Arbeiter sollten erkennen, daß alle Aufrufe, Maßnahmen der Gewerkschaftsbürokratie so lange auf dem Papier stehen, als nicht die Arbeiter selbst den härtesten Druck dahinter machen, indem sie rücksichtslos, unbefangt vor den „Lebensnotwendigkeiten“ der kapitalistischen Wirtschaft, ihren revolutionären Weg gehen.

Aus der Provinz.

Die Orgelei im Kreise Ohlau.

Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ist gestern in verschiedenen Dörfern des Kreises Ohlau die Bevölkerung aufgefordert worden, einzutreten in die Einwohnerwehr. Für Gewehre und Munition sei gesorgt. Als Grund zur Bildung der EW wird angegeben, daß man sich schützen müsse gegen eventuelle Ueberfälle der Polen nach der Abstimmung in Oberschlesien. Die Arbeiter glauben diese Märchen nicht. Sie wissen, daß die Konterrevolution rüftet gegen die Arbeiter. Deshalb: Gutwaffnung der Orgelei! — Schafft Selbstschutzorganisationen des Proletariats!

Zur Verhaftung unseres Genossen Klein.

Um die Rechtswidrigkeit und Gemeinheit der Polizei zu illustrieren, möchten wir folgendes mitteilen. Bei der Verhaftung des Genossen Klein lag kein Haftbefehl vor. Erst auf Antrag des Polizeipräsidenten wurde am andern Tage ein Haftbefehl durch Amtsrichter Dr. Leo ausgestellt. Weiter versucht man unseren Genossen Klein, der durch den Hungerstreik schon bedenklich erkrankt ist, täglich zu photographieren und Fingerabdrücke von ihm zu machen. Das Verhalten verschiedener Aufseher ist äußerst rigoros. Man sieht hier wieder treffend, daß gegen Kommunisten alle Mittel erlaubt sind unter dem glorreichen Polizeiminister Severing.

Langenbielau. Am 15. März sprach hier Genosse **Gentch** vor einer tausendköpfigen Versammlung über London oder Moskau. Er kennzeichnet die Unfähigkeit der Bourgeoisie, einen Ausweg aus der niederbrechenden Wirtschaft zu finden. Er wies darauf hin, daß der Westen verfallene, daß Amerika keine Hilfe bringen könne. Deshalb müßten die Arbeiter das Tor nach dem Osten öffnen. Um mit Sowjetrußland zusammen aufzubauen, müßten aber die Widerkräfte, die sich in der Bourgeoisie im Verein mit der Gewerkschaftsbürokratie in der Arbeitgemeinschaft entgegenstellen, beseitigt werden. Deshalb zusammenzulegen in den Gewerkschaften und dort arbeiten im Sinne des Kommunismus gegen die Amsterdamer Internationale. Ein USK-Mann glaubte die „Internationale der Aufstrebenden“ verteidigen zu müssen, fand aber keinen Anklang bei der Versammlung.

Schweidnitz. Am 11. März sprach in einer von über 800 Personen besuchten Versammlung Genosse **Stoffisch** über London oder Moskau. Der Redner fand mit seinen Ausführungen allgemeine Zustimmung. Die Helden der SPD zogen es vor zu schweigen.

Diese beiden Versammlungen zeigen wieder treffend, daß allort der Gedanke des Kommunismus marschiert. Aufgabe unserer Genossen ist es, diese Sympathie auszuwerten und aus den Arbeitern wirkliche Klassenkämpfer zu machen.

Für die Kapitalisten Riesengewinne — für die Arbeiter — Lohnabzug.

Einste-Hofmann Werke A. G., Breslau. In der Sitzung des Aufsichtsrates, die am Montag in Berlin stattfand, legte der Vorstand das Rechnungswert für 1920 vor. Nach seinem Antrage beschloß der Aufsichtsrat, der zum 25. April nach Breslau einberufenen Generalversammlung aus dem nach rechtlichen Abschreibungen und Abschüttelungen festgestellten Reingewinn von 8617.186,78 M. (i. B. 4.345.088,56 M.) eine Dividende von 24 p Ct. (i. B. 17 p Ct.) und 8 1/2 p Ct. Bonus auf die Stammaktien und ferner wiederum 4 1/2 p Ct. Dividende auf die Vorzugsaktien vorzuschlagen.

Die Kapitalisten schreien immer, daß sich ihre Werke nicht mehr rentieren, daß sie auf Grund des Achtstundentages und der hohen Löhne nicht mehr konkurrenzfähig sind. Der Vorschlag, den der Aufsichtsrat der Generalversammlung der Einste-Hofmann Werke machte, zeigt klar und deutlich, daß es die Kapitalisten ausgezehrt verheizen, auf Grund der niedrigen Löhne immer noch Millionen aus den Knochen der Proleten herauszuholen. Die Unternehmer haben es verstanden, die Preise ihrer Industrieerzeugnisse den Weltmarktpreisen anzupassen. Die deutschen Arbeiter werden aber ganz bedeutend schlechter entlohnt als die Arbeiter in England und den anderen Industriestaaten. Deshalb bedeutet die billige deutsche Arbeitskraft eine Schmutzkonkurrenz für die Arbeiter der anderen Länder.

Der Arbeitslohn der deutschen Arbeiter ist seit Kriegsanfang ungefähr um das 1/2fache gestiegen. Trotzdem hat sich aber, auf Grund der gewaltigen Steigerung der Kosten aller Bedarfsgegenstände die Lebenshaltung der Arbeiter um mehr als das 4fache verschlechtert. Der Unternehmergewinn hat dagegen eine Steigerung um das 2 1/2fache der Vorkriegszeit erfahren.

Trotz der Tatsachen, daß alle Bedarfsgegenstände durch die 4fache Verschlechterung aufgebraucht und heruntergerissen sind, die Arbeiter also wieder in die Lage versetzt werden müßten, ihre heruntergerissenen Sachen wieder aufzufrischen, zieht man ihnen von ihren Löhnen ab.

Gerade vor einigen Wochen ist gerade auch den Arbeitern der Einste-Hofmann Werke ein dummer Lohnabzug befohlen. Auf Grund der Feststellung des Lohnamtes, eine arbeitgemeinschaftliche Einziehung, sind die Preise für Schmalz und Fleisch etwas zurückgegangen und flugs wird den Arbeitern

von ihrem elenden Lohn 20 Pfennig die Stunde abgezogen. Mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie, die von der elenden Lage ihrer Mitglieder sich keine Vorstellung mehr machen wollen, die aber sicher um die Reingewinne der Unternehmer wissen.

Den Unternehmern mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie Riesengewinne — den Arbeitern Hunger und Elend. Wann wird es begreifen — Arbeiter?

Lokales.

Breslau, den 18. März 1921.

Sammellisten (Wahlfonds und Notarlisten) sind sofort mit den Distriktsführern abzurechnen.

N. E. G. und L. G. = W.

Wir wir hören, ist eine Verbindung der N. E. G. Berlin mit den Einste-Hofmann-Werken zustande gekommen. Die beiden Firmen schicken gegenseitig ihre Vertreter in die Direktoren und Aufsichtsräte. Weiterhin werden gegenseitig für 30 Millionen Aktien ausgetauscht.

Wir sehen immer mehr den Zusammenbruch der großen Unternehmungen zu Trübsal und Kartellen; die Vereinigung ungeheurer Werte in die Hände einiger weniger. Die Unternehmer schüben sich durch diese Zusammenlegungen immer besser gegen die Schwankungen und Krisen auf dem Weltmarkt.

Die Arbeiter aber müssen lernen, den zusammengeschlossenen Kapitalisten eine einheitliche starke Organisation der Arbeiter gegenüberzustellen. Diese müsse dann durch einheitliche wirtschaftliche Kämpfe, dadurch, daß sie die Arbeitgemeinschaften, den profitierenden Kapitalisten ein Paroli bieten.

Die „sozialisierten“ Unternehmen. Eine bedeutende Breslauer Konfektionsfirma, die vorgibt, sozialisiert zu sein, gibt nach wie vor zu Klagen ihrer Angestellten Anlaß. Während in der Öffentlichkeit von „sozialer Fürsorge“ gegenüber den Angestellten geschwafelt wird, herrschen in Wirklichkeit dort traurige Zustände. Augenblicklich ist viel Arbeit, — und was geschieht? Es heißt, jeder kann von früh 7 Uhr bis abends 7 Uhr arbeiten (Achtstundentag) und Arbeit mit nachhause nehmen, soweit er will. Dabei ist merkwürdig, daß die Tag- und Nachtschneider überstunden bezahlt erhalten, die Lagerarbeiter aber nicht, außerdem werden die Lagerarbeiter 50 Prozent unter Lohn bezahlt.

Trotzdem die Gewerkschaften (freie und christliche) von diesen Tatsachen in Kenntnis gesetzt wurden, haben diese bisher noch immer nicht das Geringste veranlaßt. Der Betriebsrat kümmert sich um nichts, sondern arbeitet mit der Geschäftsführung Hand in Hand.

So sieht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den kapitalistisch „sozialisierten“ Betrieben aus. Man kümmert sich nicht um die Not der Arbeitslosen, man durchbricht den gesetzlichen Achtstundentag, der Profit winkt ja. Das ist das wahre Gesicht der „sozialisierten Fürsorge“ treibenden Kapitalisten.

Man den in dem Betriebe arbeitenden Kollegen erwarten wir, daß sie diesem Treiben ein Ende machen, daß sie die Einhaltung des Achtstundentages verlangen und darauf bestehen, daß arbeitslose Kollegen eingestellt werden. Es hilft euch kein Gott und keine Gewerkschaftsbürokratie, ihr müßt selbst handeln, ihr müßt selbst darauf dringen, daß die Mißstände beseitigt werden. Das seid ihr euch und den arbeitslosen Kollegen schuldig.

Auch bei den Gemeindearbeitern Lohnabbau. Nachdem zuerst die Metallarbeiter das Opfer des Lohnabzuges bringen mußten, beileben sich die „Jahres“ des Gemeindearbeiterverbandes, denselben auch den Gemeindearbeitern aufzubringen, bemühen sie sich, den Arbeitern plausibel zu machen, daß die Arbeiter die Pflicht haben, zu hungern, da sonst der kapitalistische Staat bankrott mache. Die „Volkswacht“ bereitet, wie bei allen Nachaktionen, die dem kapitalistischen Aufbau dienen, auch diesen Schritt mit Schlaubeit und Lüge vor. Sie verkündete,

daß die Finanzlage der Stadt eine so schlechte sei, daß es einem Hund erbarmer könne und darum müßten die Arbeiter vom 15. März ab schon mit einem Lohnabzug von 10 Pf. die Stunde rechnen. Nachdem der Verrat perfekt war, nachdem mit der Stadtverwaltung der Plan, den verfallenen Stadtwagen mit dem Mittel der weiteren Verelendung des Arbeiters wieder in ruhige Bahnen zu lenken, geboren war, sollten die Mitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes am 15. März, in einer Versammlung die Maßnahme aus der Lunge haben und ihren Segen geben. Der Vorsitzende des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes hält die Rede. Er sagte: Die Metallindustriellen nehmen einen Lohnabzug vor und somit käme auch ein Abzug für die Gemeindearbeiter in Frage. In ein Fall der Lebensmittelpreise eingetreten sei, müßte logischerweise auch ein Fall der Löhne eintreten. Wir verwenden die Leser auf den Artikel „Arbeitslohn und Unternehmergewinn“ in der Beilage vom Sonntag, den 13. März, der „Sächsl. Arb.-Zeitung“ (Redaktion). Die städtischen Arbeiter könnten mit der Lohnpolitik, die bisher getrieben wurde, zufrieden sein. (Das wagt man vor Arbeitern zu sagen. Redaktion)

Die Diskussion gestaltete sich sehr stürmisch und es wurde aus der Versammlung eine Resolution eingebracht, die die Ablehnung des Lohnabzuges fordert mit der Begründung, daß das Existenzminimum noch garnicht erreicht sei. Nach festigem Für und Wider verurteilte es der Vorsitzende mit Drohungen, Warnungen, Ermahnungen und Viten, die Annahme der Resolution zu hintertreiben. Die Versammlung wurde immer erregter, es zeigte sich, daß man schließlich die Resolution annehmen könne, ungeachtet des „Rates“ des „Führers“. Das zwang den Vorsitzenden Farbe zu bekennen. Er sagte: Daß die Mitglieder doch nicht verlangen könnten, daß er wieder hingehie zum Magistrat und den Lohnabzug rückgängig mache, das wäre doch eine Blamage für ihn.

Also so sehen diese „Demokraten“ aus, hinter dem Rücken derer, die sie vertreten sollen, beschließen sie mit der bürgerlich-kapitalistischen Stadtverwaltung eine Verschlechterung der ohnehin schon schlechten Löhne. Wenn die Mitglieder dann nicht gewillt sind, den Verrat zu schlucken, appelliert man an die Sentimentalität, man könne doch den Vorsitzenden nicht blamieren. Arbeiter des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, ihr habt keine Verantwortung, den Verrat eurer Bürokraten zu bestätigen, ihr habt euch bei allem euren Handeln nur von euren Lebensbedürfnissen leiten zu lassen. Der kapitalistische Staat kann sie euch nicht erfüllen, darum habt ihr auch auf seine „Ordnung“, auf sein Weiterbestehen keine Rücksicht zu nehmen. Und sorgt dafür, daß ihr euch mit eurem Vorsitzenden nicht selbst blamiert.

Versammlungsstammlender.

- Distrikt 4. Freitag abend 7 Uhr, Gellhornstraße 21 bei Schmidt, Versammlung. Referent anwesend.
- Distrikt 6. Freitag abend 7 1/2 Uhr bei Schmidt, Sudenstraße 50, Distriktsabend. Referat: Ausbau unserer Parteiorganisation.
- Distrikt 7. Freitag abend 7 1/2 Uhr Distriktsversammlung Louisenstraße 13.
- Distrikt 7a. Freitag abend 7 1/2 Uhr, Gräbschener Straße 259, Distriktsversammlung. Wahlen und Referat.
- Distrikt 10. Freitag abend 7 1/2 Uhr, Böhlenstraße 31, Distriktsabend.

Unterbezirk Liegnitz. Konferenz aller Ortsgruppen der Kreise Liegnitz, Dagnau, Neusalz am Sonntag, den 20. März, vorm. 10 Uhr im „Reichspräsident“ Liegnitz. Dazu haben alle Ortsgruppen unbedingt Delegierte zu entsenden. Ortsgruppe Waldenburg. Freitag, den 18. März, abends 7 Uhr, Diskutierabend in der „Stadt-Druckerei“. Die Genossen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Ortsgruppe Leunawasser. Sonntag, den 20. März, vormittags 9 Uhr: Große öffentliche Versammlung im Gasthof zum „Schulz-Schacht“. Thema: Vor einem 2. Weltkrieg. Referent: Genosse Kaufe, Freiburg. Genossen, agitiert für Massenbesuch.

Herausgeber: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Verantwortlich für den gesamten Inhalt Kurt Neubert, für Zusätze: Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H. Druck: Buchdruckerei Hübel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater.
Freitag 7 Uhr:
Serenade:
Bauhäuser.
Sonntag 7 Uhr:
Der Wildschütz.

Lehr-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Fahrt ins Blaue.

Chalio-Theater.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Schmiedabend.

Schauspielhaus.
Opernbühne. 11. u. 12. 20.15
Freitag 7 1/2 Uhr:
Ihre Hoheit
die Kaiserin.
Freitag 7 1/2 Uhr:
Die Blauweiser.
Donnerstag nachh. 3 1/2 Uhr:
Der tolle Bauer.
Montag 7 1/2 Uhr:
Die Falschinger.

Liebig-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg des
März-Programms.

Matthias-Kino.
Matthiasstraße 28
und Holthorststraße 9.

Hans Hyans
weltbekannter
Sitten- u. Kriminalroman
**Die glühende
Kammer**
6 Akte.
Fernseh.

**Der Mann
ohne Nerven**
4 Akte. Direkt.

Reise bekannt
gute
Witze, früher 7.75
jetzt 7.00 M.

Erich Fränkel
Breslau 5, Gräbschenerstr. 71
Eingang Reichstraße 2
Nach Einzelbesuch.
(Offener Laden.)

Circus
Carl Hagenbeck
Circus Busch-Gebäude
Monte 7. Uhr.
Das Riesen-

Circus-Programm
Zu sehen: Der
Sklavenhändler
Jeden Mittwoch und Sonntag nachh. 8 Uhr
Große Familienvorstellung
Nieder gehalten nachh. 8 Uhr.
FORVEPRACHT:
Breslau und Cressden täglich 10-1
und ab 4 Uhr.
Tel. Polg 224

Das freie Land
Gemeinnütziger Buchverlag für 1921.
Preis 1 M.

„Erblich ein Kalender, der wachsend abfährt
von den üblichen Kalenderblättern. Mit Auf-
sätzen, Artikeln, feiner Ergänzungen und mit
Bildern, welche die heutige Zeit treffend charak-
terisieren, ausgenommen jeder Form, jeder
Landarbeit, jeder Emancipier sollte den
Kalender besitzen.“

Kommunistische Bucherei
Breslau 5, Gräbschener Straße 45.

Samstag, den 20. März, vormittags 8 Uhr
im
Gasthof zum **Rayranfschacht**
Gr. öffentl. Protest-Versammlung
gegen die neue Gewerkschaftsverordnung.
1920. 1921. 1922. 1923. 1924. 1925.

Jeder Kommunist
trägt den Sowjetstern, Abzeichen der 3. Internationale und Wappen der russischen Arbeiter
und Bauern.

Rot emailliert, Gr. 1/3
als Nadel und Brosche
Preis 5.— Mk.
Parteiorganisationen
erhalten
Preisermässigung.

**Alleinvertrieb
für Deutschland
durch die
Kommunistische
Jugend
Deutschlands.**



Hammer u. Sichel ver-
goldet, kleinere Aus-
führung als Kravatten-
nadel.
Parteiorganisationen
erhalten
Preisermässigung.

Bestellungen sind zu
richten an:
**Verlag:
Junge Garde,
Berlin C 2,
Stralauer Str. 12
und
Kommunistische Bucherei, Breslau, Gräbschener Str. 45.**

Helios-Kino
Satzstraße 24
Spielplan vom Freitag, den
18. 3. bis Montag, d. 21. 3.
Das oberste Gesetz
Gr. Szenen-Beleuchtung.
Hauptrollen: Kurt Neubert,
Garda, Hans Lorenz.
Dazu das große Lustspiel
Wenn vier dasselbe tun
Zwei Teufelchen
Samstag abend, d. 21. 3.
Der Herr des Todes
Gew. Zerknirschungsdrama

Kranke
Harnröhren-, Haut- und Ge-
schlechtskrankheiten behandelt
mit Erfolg. Viele freiwillige
Anmerkungen von ausge-
heilten Patienten.
Breslau Franz Joschke,
Palmtstr. 22, II. Tel. 0814 1924.
9-1, 3-7, Sonntags 8-12.

Epilepsie-
(Fallsucht, Krämpfe) sowie
alle nervösen, hysterischen,
Brennende Augen, Nervenleiden
erhält kostengünstig auch in
schwierigen Fällen dauernde
Heilung.

**Zum 50. Jahrestag
der Pariser Kommune**
18. März 1871. — 18. März 1921.
Karl Marx,
Der Bürgerkrieg in Frankreich
Preis Mk. 2.50.
h. Farwig,
Die Pariser Kommune.
Kommunistische Bucherei
Breslau 5, Gräbschener Straße 45.

Herrn-Barderobe
wie: Anzüge, einzelne
Jackets, Hosen, Westen,
Commer - Ueberzieher,
Schrod-Anzüge und
Wollschäfer
aller Art,
auch Schuhe und Stiefel.
**neu und gebraucht
kauft
Hadamek**
Brandenburger Str. 9, II.

Achtung! Wo?
kauft man neu und geb.
Kleider sowie ganze Ein-
richtungen am billigsten
und vorzüglichsten?
Bei **H. Kluge**.